

**Rede
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und
Fischereipolitik**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 2b

Aktuelle Stunde

**Unsere Dörfer sind kein Sparposten - EU-
Agrarförderung muss weiterhin im ländlichen Raum
ankommen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 19/9677

während der Plenarsitzung vom 27.01.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen über ein Thema, das für Niedersachsen von zentraler Bedeutung ist: die Zukunft der EU-Agrarförderung und die Frage, ob unsere ländlichen Räume auch künftig verlässlich unterstützt werden – oder ob sie am Ende zum Sparposten werden.

Für die Niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag ist klar: Unsere Dörfer sind kein Sparposten. Die EU-Agrarförderung muss weiterhin dort ankommen, wo sie wirkt – bei den Menschen im ländlichen Raum, bei den Kommunen, bei den landwirtschaftlichen Betrieben und bei den vielen Engagierten vor Ort.

Niedersachsen ist ein Flächenland. Über zwei Drittel unserer Landesfläche sind ländlich geprägt. Was hier entschieden wird, entscheidet mit darüber, ob wir das in unserem Grundgesetz festgehaltene Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse weiterverfolgen können oder ob es zur Floskel verkommt.

Meine Damen und Herren, Programme wie LEADER zeigen seit Jahrzehnten, wie europäische Förderung konkret wirkt. In Niedersachsen gibt es heute 68 LEADER-Regionen, die nahezu die gesamte Landesfläche abdecken. In der laufenden Förderperiode stehen dafür rund 165 Millionen Euro EU-Mittel zur Verfügung. Damit werden Dorfläden, Mehrgenerationenhäuser, Radwege, soziale Infrastruktur, Umwelt- und Klimaschutzprojekte ermöglicht – passgenau, vor Ort entschieden und getragen von den Menschen in den Regionen.

Der große Mehrwert von LEADER ist doch: Eigenverantwortung, Bürgerbeteiligung und regionale Wertschöpfung statt zentraler Vorgaben von oben. Genau das brauchen wir in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche.

Umso größer ist die Verunsicherung durch die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028. Die geplante Neuordnung der Fördersystematik birgt die reale Gefahr, dass Mittel für die ländliche Entwicklung verwässert werden. Besonders kritisch ist die drohende Absenkung des EU-Beteiligungssatzes von bislang bis zu 80 Prozent auf künftig 40 Prozent. Für viele Kommunen, gerade im ländlichen Raum, wäre das schlicht nicht zu stemmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer so plant, gefährdet bewährte Strukturen. LEADER-Fördermittel ermöglichen viele wichtige Investitionen der Kommunen. Wenn sich hier der Anteil der Kofinanzierung verdreifacht, werden Projekte nicht verschoben – sie werden gestrichen.

Die Niedersächsische Landesregierung setzt sich weiterhin für die ländlichen Räume ein und hat deshalb in Berlin ein klares Signal gesetzt. Ich bin unserem Ministerpräsidenten, unserer Agrarministerin und unserer Europa- und Regionalentwicklungsministerin dankbar, dass sie ein niedersächsisches Positionspapier an den Bundesagrarminister übergeben haben.

Die Forderung ist eindeutig: LEADER braucht ein eigenes, zweckgebundenes Budget, einen angemessenen EU-Mittelanteil und verlässliche Rahmenbedingungen. Auch der Bund ist hier in der Pflicht, diese Position in Brüssel entschieden zu vertreten.

Gleichzeitig erkennen wir an: Die Europäische Kommission betont weiterhin die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für Einkommen, Ernährungssicherheit und die Attraktivität ländlicher Räume. Vorgesehen sind ein festes Budget von knapp 294 Milliarden Euro für die GAP sowie ein verbindliches „Rural Target“, nach dem mindestens zehn Prozent der Mittel für ländliche Räume eingesetzt werden sollen.

Das ist ein wichtiger Schritt – ersetzt aber nicht die Notwendigkeit, erfolgreiche Programme wie LEADER gezielt abzusichern.

Meine Damen und Herren, wer jetzt reflexartig von „Effizienzgewinnen“ oder „Verschlankung“ spricht, sollte ehrlich sagen, was das bedeutet: weniger Projekte, weniger Beteiligung, weniger Lebensqualität auf dem Land. Das ist weder verantwortungsvoll noch zukunftsgerichtet.

Für die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gilt: Verlässlichkeit statt Experimentieren. Planungssicherheit statt dauernder Strukturdebatten. Und ein klarer Fokus auf die Menschen vor Ort.

Unser Ziel ist ein starkes Niedersachsen in einem starken Europa – mit lebendigen Dörfern, wettbewerbsfähiger Landwirtschaft, mehr Tierwohl und guter Daseinsvorsorge. Dafür braucht es keine neuen Schlagworte, sondern stabile Förderinstrumente, die funktionieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, um gewachsene Strukturen zu sichern und die bürokratischen Hürden für die Menschen vor Ort so gering wie möglich zu halten, müssen auch im kommenden EU-Förderzeitraum die Ämter für regionale Landesentwicklung eine zentrale Rolle spielen.

Durch ihre regionale Expertise stellen wir sicher, dass die Förderung effizient, bürgernah und ohne Reibungsverluste dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die EU-Agrarförderung auch künftig im ländlichen Raum ankommt. Nicht als Sparposten, sondern als Investition in Zusammenhalt, Demokratie und Zukunftsfähigkeit.

Vielen Dank.